

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 6

Köln, den 6. Februar 1931

32. Jahrg.

## Um das Kapital der Welt.

Daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise irgendwie mit dem Weltkrieg zusammenhängen muß, das fühlen alle. Aber über die logischen Verbindungsfäden streitet man sich. Hier aber ist gerade der Angelpunkt, an dem man nach richtiger Erkenntnis den Hebel zur Beseitigung des Übels ansetzen muß.

Gewiß, das vierjährige sinnlose Wüten hat unermessliche Werte vernichtet. Aber dieser materielle Verlust kann die Ursache der gegenwärtigen Krise nicht sein, denn längst ist er ausgeglichen, und das Übel, das uns heute drückt, ist ja nicht materieller Mangel der Allgemeinheit, nicht Fehlen von Wirtschaftsgütern schlechthin, sondern das Gegenteil: Überall sind die Güter der Erde zu ungeheuren Stapeln aufgespeichert, finden in der Menschheit keinen Absatz. Und Millionen bester Maschinen, nach neuesten Erkenntnissen konstruiert, stehen schaffensbereit und doch untätig oder nur zum Teil ausgenutzt da, könnten vielleicht, wenn es darauf ankäme, eine zweite Menschheit mit allen begehrten Dingen der Welt befriedigen. Unser Elend stammt, so sinnwidrig es klingen mag — und letzten Endes ist es auch gegen alle Vernunft —, aus dem Überfluß.

Und an diesem Überfluß hat der einzelne in erschreckend großer Zahl keinen Teil. Seine Arbeit zu weiterer Erzeugung ist nicht notwendig, er wird arbeitslos, wird der Not und dem Elend preisgegeben, während der Überfluß in den Lagerhäusern der Welt immer höher steigt. Und nicht nur deutsche Scharen schreiten unter den Fahnen des Grauens, sondern in steigendem Maße laufen dem Elendsbanner der Arbeitslosigkeit unüberschaubare Massen aller Nationalitäten zu, mit Ausnahme vorläufig noch Frankreichs. Sind diese sinnlosen Zustände nicht zu beseitigen, diese Zustände, die der alten Höllenstrafe des Tantalus gleichen, den die Götter angesichts einer sprudelnden Quelle verdursten, angesichts eines fruchtbeladenen Apfelbaumes verhungern ließen? Wo ist der Angelpunkt, an dem man den Hebel zur Beseitigung des Übels ansetzen könnte, um die ganze Menschheit von einer Geißel zu befreien, die mit jedem Tage fürchterlicher zu werden droht?

Der aufgestapelte Überfluß der Welt muß ins Rollen gebracht werden. Er werde seiner Bestimmung, verbraucht zu werden, zugeführt, man decke die vorhandenen Bedürfnisse laufend, und es wird sich auch laufend neues Bedürfnis finden, die Kräfte und Maschinen der Menschheit werden in tausend schaffende Tätigkeit versetzt, das erste Lied der Arbeit komme wieder in ein rechtes und natürliches Verhältnis zur frohen Melodie des Verbrauchers und des Genusses, und — alles, alles ist wieder gut. Was aber hindert denn diesen Naturrhythmus des Lebens?

Nicht nur der Wertmesser, sondern auch der Motor des wirtschaftlichen Lebens und Kreislaufes ist das Geld. Hier haben wir den Angelpunkt des Problems, damit zugleich den urfächlichen Zusammenhang mit dem Weltkrieg vor uns. Der Krieg und mehr noch der darauffolgende Friede hat die Verteilung des Geldes, des Kapitals, wie sie über die ganze Welt hin als Motor für den Weltkreislauf notwendig ist, grundlegend abgeändert, hat sie zu unmöglichen Lagerungen gebracht. Als ein verhältnismäßig geringeres Übel ist es noch zu bezeichnen, daß Amerika in früher unvorstellbarer Weise ein neues Geldzentrum der Welt geworden ist. Es hat in der Folgezeit einigermaßen die daraus sich ergebenden Pflichten erfüllt. Schlimmer sind die Verhältnisse im alten Europa. Hier ballt das Geld sich in London, in der Schweiz, in Holland und in ganz

besonderer Weise, zuletzt fast täglich mit neuer Sensationsmeldung uns überraschend, in den Tresors von Paris zusammen. Und das Geld, der Motor der Wirtschaft, wird stillgelegt, man hält es unproduktiv fest, sucht es wie ein geiziger Hamster gierig von Tag zu Tag zu mehren. Das ist die schreckliche Nachwirkung des Krieges. Immer noch sind Haß, Neid und vor allem Mißtrauen in die friedliche Weltentwicklung zu stark, immer noch glaubt man sich am besten vor gefährdeten Verlusten zu schützen, indem man seinen Goldbesitz heimlich und sicher vermauert.

Nicht vergessen dürfen wir ein zweites, das auch noch in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Weltkriege steht. Das sind die Verhältnisse in Rußland und im fernen Osten. Die russische Gegenwart und gleichermaßen die Wirren im Osten sind arge Nachwehen des Weltbrandes. Während nun im alten Europa das Geld künstlich unter Verschuß gelegt wird, vernichtet gleichzeitig der nahe und ferne Osten Werte, ohne doch seinen Bedarf wie in normalen Zeiten decken zu können. Der Geldzufluß von dorthin, der sonst zu erwarten wäre, bleibt aus.

Ziehen wir das Ergebnis. Wir müssen feststellen, daß ein ganz gewaltiger, ein lebensgefährdender Teil des Weltkapitals seiner Bestimmung und seiner Aufgabe entzogen ist. Das Räderwerk der Weltwirtschaft, ein sehr kunstvolles und empfindliches Gebilde, läuft sich heiß, droht in die Brüche zu gehen. Die Güter der Menschheit sind da, sie können ihre Fahrt an den Bestimmungsort nicht antreten. Der einzelne verschmachtet vor der Allgemeinheit gehörigen Quelle. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage sinken die Preise auf den Weltmärkten immer tiefer, die Geltung des Goldes aber steigt, da es sich so selten zeigt. Durch diese Erscheinung wiederum werden die, die ihr Gold zurückhalten, in ihrem Vorhaben bestärkt, denn sie glauben, auf diese Art mühelos und ohne Gefahr die Kaufkraft ihres Besitzes, also den eigentlichen Wert, steigern zu können. Das Elend von Millionen bringt ihnen fette Zinsen.

So sieht die Weltlage aus, denn es handelt sich ja um eine Weltwirtschaftskrise. Und wie geht es unserm armen Deutschland darin? Hier branden die Wogen natürlich am höchsten, wir sind zum Mittelpunkt der Weltwirtschaftskrise geworden, wir sind ja auch letzten Endes der unfreiwillige Stein des Anstoßes.

Das wirtschaftliche Vermögen, das im gegenwärtigen Deutschland steckt, reicht an sich voll aus, um unsere Bevölkerung gut zu ernähren. Könnten wir unsere tadellos ausgebaute Wirtschaft aus voller Lungenkraft arbeiten lassen, es reichte sicher schon eine verkürzte Arbeitszeit aus, uns gut leben zu lassen. Aber, aber . . . Das Geld wird im Westen festgehalten, im Osten verstickert es in den Trichtern des Nachkrieges. Der große Wirtschaftsapparat steht zum guten Teil ungenutzt. Der Schaden daraus wäre an sich schon riesig groß, ist aber nicht mehr zu ertragen, wenn man bedenkt, daß der moderne Maschinen- und Fabrikpark von dem finanziell ausgefogenen Deutschland der Nachkriegszeit auf Pump — meist aus amerikanischem Geld — aufgebaut worden ist, wofür laufend immense Zinsen zu zahlen sind, die in die Milliarden gehen. Um nun dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, soll dies Deutschland, künstlich lahmgelegt, verurteilt, riesige Zinsen aus nicht ausgenutzten Maschinen zu zahlen, auch noch die Reparationsabgaben in schwindelhafter Höhe leisten, dadurch den Goldhamsterfisch dort noch

zu mehren, wo er, wenn er nicht gerade Gold wäre, sowieso schon moderte. Die sinnlose Goldanhäufung wird von dem erzwungen, dem jedes Körnchen Lebensgeist bedeutete. Das durch den Krieg „ruinierte“ Frankreich muß neue Tresors für einen Goldschatz bauen, wie es ihn nie bejessen hat. In Deutschland aber schiffen nur drei Viertel der Arbeitsfähigen, müssen Millionen ihrer Brüder aus dem schmalen Nationaleinkommen miternähren, und dies Nationaleinkommen soll außerdem Milliarden an Zinsen und weitere Milliarden an Tributlasten aufbringen. Verzweiflung möchte einen erfassen.

Ein so an der Gurgel gepreßtes Deutschland kann auf die Dauer nicht atmen. Aber sein Schicksal kann nicht isoliert werden, das zeigt die Ausweitung der letzten Endes deutschen Krise zur Weltkrise. An unseren Wagen ist zum mindesten das übrige Europa, auch gegen seinen Willen, gekettet. Die Einheit der Gemeinschaft dämmert doch überall stark, und das wird unsere Rettung werden.

Mit einem todwunden Deutschland gibt es kein gesundes Europa, keine gesunde Weltkultur.

Hoffentlich kommt die rettende Tat nicht zu spät. Die gegenwärtigen, heroischen Anstrengungen, die Deutschland unternimmt, sind nur Linderungsmittel für bestimmte Frist, können aus sich heraus endgültige Heilung nicht bringen. Diese bleibt vielmehr Aufgabe einer größeren Gemeinschaft. Unsere Notmaßnahmen sind ja auch wirklich als Einleitung größerer, internationaler Aktionen gedacht. Darüber muß man sich klar sein. Der Hebelpunkt aber liegt in der Flüssigmachung des Großteiles Weltkapital, das heute brach und unheilstiftend in den Kellern liegt. Es muß zum Rollen gebracht, zu wirtschaftsmotorischer Kraft umgewandelt werden. Hier bildet die zivilisierte Menschheit eine Einheit. Vertrauen zu Deutschland bildet für alle — nicht letzten Endes auch für die Franzosen — auf längere Sicht gesehen, Selbstrettung. Über das Reparationsproblem aber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. —d.

## Krise des Kapitalismus.

Die sich immer stärker breitmachende Not auf allen Gebieten hat Anlaß gegeben zu verstärkter Kritik des herrschenden Wirtschaftssystems. Zwar ist dasselbe nicht immer als abstrakt kapitalistisch zu verstehen, weil durch eine ganze Reihe von staatlichen und kollektiven Einflüssen Veränderungen bemerkbar sind. Trotzdem ist dieses System in seinen Grundzügen immer noch kapitalistisch. Man spricht von einer Krise des Kapitalismus, weil sich in weiten Volkskreisen Unzufriedenheit gegenüber diesem Wirtschaftssystem bemerkbar macht, weil insbesondere dieses System den Ausweg aus den vorhandenen Schwierigkeiten nicht zu finden vermag. Über die Ablösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch andere Methoden ist man sich jedoch nicht klar. Zwar werden diese oder jene Systeme als die Lösung der Probleme angeboten, ohne daß es bisher gelungen wäre, den lückenlosen Beweis ihrer praktischen Durchführbarkeit zu erbringen. Mit dem aktuellen Thema „Krise des Kapitalismus“ befaßt sich der frühere Reichsminister v. Raumer in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ und verteidigt in sehr geschickter Weise das kapitalistische Wirtschaftssystem mit folgenden Ausführungen:

„Ist der Kapitalismus und mit ihm der Individualismus überlebt oder kann er noch immer beanspruchen, der beste Weg zum materiellen und kulturellen Aufstieg der Menschheit zu sein? Denn darüber muß Klarheit herrschen. Man muß sich entscheiden, wohin die Fahrt gehen soll, und wissen, was die Menschheit bei ihr riskiert. Der Kapitalismus hat, nachdem die Bande wirtschaftlicher wie geistiger Bindung gesprengt waren, im letzten Jahrhundert die ganze moderne Welt geschaffen, drüben, über dem Ozean, eine neue weiße Welt von 150 Millionen Menschen aufgebaut, in Europa die Bevölkerung verdoppelt und zugleich ihre Lebenshaltung auf den zwei- bis vierfachen Stand gehoben. Alle, aber auch alle uns heute selbstverständlichen Grundlagen des modernen Lebens empfing die Menschheit aus der Hand großer Individuen, die sich selbst und ihr Vermögen für eine Aufgabe einsetzten. In organischem Wachstum, durch Erfolg und Mißerfolg automatisch reguliert, baute sich das kunstvolle Uhrwerk der Weltwirtschaft auf. Die Politiker haben es im August 1914 und in den Friedensverträgen zertrümmert. Nicht mehr nach ökonomischen, sondern nach politischen Gesetzen wurden Produktion, Gütertausch und Geldwirtschaft entwickelt. Die Reparationen schufen einen Zahlungsverkehr, der nicht Kräfteaustausch, sondern Krankheitserreger ist, Blutandrang in der einen, Blutleere in der anderen Wirtschaft erzeugend.

Unsere heutige jüngere Generation hat eine normale kapitalistische Wirtschaft nicht mehr gesehen. So verzweifelt sie, anstatt den Politiker zur Rechenschaft zu ziehen, der es zerstörte, an diesem Wirtschaftssystem, und sucht Heilung wieder bei den Politikern, die ihr anstatt des Brotes den Stein der Utopie reichen. Daß es nur Steine sind, die der Sozialismus, die Planwirtschaftler, der Bolschewismus und der Nationalsozialismus anzubieten haben, muß, und zwar hier für Deutschland, bewiesen werden.

Deutschland ist überbevölkert. Für 4 Milliarden Mark Lebensmittel, für 7 Milliarden Mark Rohstoffe muß es einführen, die es im wesentlichen mit 9,8 Milliarden Mark Fertigwaren bezahlt. Überbevölkerung schafft stets unnatürliche Verhältnisse. Sie nimmt dem Lande

einen Teil seiner Unabhängigkeit, macht es von den ausländischen Märkten abhängig, zwingt zu internationaler Zusammenarbeit. Wer dies als nationale Dissonanz empfindet und deshalb, wie die Nationalsozialisten, den Übergang zur „raumgebundenen Nationalwirtschaft“, zur „Abwendung vom Welthandel“ fordert, der muß sich bewußt sein, daß er damit etwa 16 Millionen Deutschen die Lebensgrundlage entzieht. Was hat Deutschland auszuführen? Im wesentlichen nur Arbeit. Sie wird in Konkurrenz mit allen anderen Industrieländern angeboten. Nur durch Qualität kann der Markt für Fertigwaren behauptet werden. Hinter Deutschlands Produktion muß daher stets die Begehung durch höchstes technisches und höchstes wissenschaftliches Können stehen. Ständig muß das Genie, die Einzelleistung, der kaufmännische Pionier und Organisator der deutschen Arbeit den Vorsprung sichern. Kann ein Deutschland, das nur durch intensivste Ausnutzung des Weltmarktes seine Bevölkerung zu erhalten vermag, und das für diese Aufgabe der höchsten individuellen Leistungen benötigt, zum Kollektivismus übergehen? Seine geistigen und seelischen Auswirkungen werden von den wenigsten durchdacht. Die meisten sind sich nicht bewußt, daß jeder Kollektivismus, mögen seine Ausgangspunkte auch noch so verschieden sein, im Bolschewismus enden muß.

Die Leistungen des deutschen Kapitalismus nach dem Kriege haben dem gesamten Auslande Bewunderung abgezwungen. Der Produktionsapparat ist technisch und organisatorisch wieder auf die Höhe gebracht, der Weltmarkt wieder erobert, die Reallohne über Friedenshöhe gesteigert. Und dies alles unter dem andauernden Störungseifer einer marxistisch orientierten Gesetzgebung, unter dem Druck unsinniger Steuerlasten, unbeweglicher Löhne, teuersten Geldes, zerstörter Außenhandelsorganisationen, geraubter Patente, übelwollendster Außenpolitik. Noch heute liegen Produktion, Ausfuhr- und Lohnsummen über dem Stande von 1926. Daß diese Leistungen in Deutschland selbst nicht anerkannt wurden und der Kritik am kapitalistischen System nicht entgegenwirkten, liegt daran, daß die Kriegsfolgen, vor allem die Verheerungen der Inflation, die Zerstörung der Vermögen fast der ganzen alten deutschen Kulturschicht nicht dem Kriege, sondern dem kapitalistischen System zur Last gelegt wurden, und daß, während so die bürgerliche Grundlage des Kapitalismus schwand, die Erringung der politischen Macht durch die marxistisch geschulten Massen zugleich deren Kampf um Kollektivismus und wirtschaftliche Macht entfesselte. Die Zerstörung des Grundsatzes der Unantastbarkeit des Privateigentums durch England hat zugleich in der ganzen Welt das Vertrauen in die Sicherheit der kapitalistischen Ordnung ins Wanken gebracht.

Keines der kollektivistischen Systeme vermag irgendeine Leistung aufzuweisen. Jedes Volk hat sich so schnell als möglich von der beamteten Kriegswirtschaft befreit. Die heutige Reformarbeit in Deutschland besteht in dem Versuch, die Fehler der antikapitalistischen Politik der letzten 12 Jahre zu beseitigen. Der Bolschewismus zeigt bisher als Erfolg nur ein hungerndes und entbehrendes Volk, darüber hinaus die Austilgung jeder Freiheit, Aufhebung der Freizügigkeit, Arbeitszwang. Sollte es wirklich das Ziel der Menschheit sein, daß es allen gleich schlecht geht? Sollte das Ziel sein der Termitenstaat, dessen Uhrwerk seit Jahrtausenden in immer

gleichem Kreislauf ewig statisch abläuft? Nein, für uns Deutsche jedenfalls heißt immer noch Mensch sein ein Kämpfer sein, heißt Leben Dynamik.

Nichts ist verfehlter, als aus der heutigen Wirtschaftskrise folgern zu wollen, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr die Gewähr für den Aufstieg der Menschheit biete. Was wir erleben, ist eine Krise, erwachsen nicht aus der Knappheit, sondern aus der Überfülle der Produktion, aus einem so stürmischen Fortschritt der Technik, daß die Menschheit sich ihm nicht anzupassen vermochte. Aus einer Kapitalpolitik, die vergessen hat, daß in einer immer enger sich verflechtenden Weltwirtschaft das Geld nur wirtschaftliche, nicht aber politische Wege gehen darf. Die unaufschiebbare Aufgabe ist, alle diese Quellen des Reichtums zu ordnen, die verschiedenen Faktoren der Wirtschaft wieder zum Zusammenwirken zu bringen.

Und die Gerechtigkeit des kapitalistischen Systems? Ist etwa der Bolschewismus gerecht? Gerechtigkeit kann in der Welt erst kommen, wenn die ökonomische Frage gelöst und damit die materielle Not beseitigt ist. Macht das kapitalistische System, von Technik und Wissenschaft stürmisch vorgetrieben, in Zukunft die gleichen Fortschritte wie in den letzten Jahrzehnten, so wird, das ist auch die Meinung des bekannten englischen Volkswirtschaftslehrers Keynes, die ökonomische Frage im Laufe der nächsten 100 Jahre gelöst sein. Die Menschheit wird die Fahrt zu diesem Ziel allerdings nur dann ohne schwere Havarien zurücklegen können, wenn die heutige Krise den Politikern ihre Verantwortungen zum Bewußtsein bringt. Import, Export, Waren- und Kapitalaustausch, Vermeidung der Arbeitslosigkeit durch internationale Anpassung der Arbeitszeit an die veränderte Technik, die in immer höherem Maße die menschliche Arbeit durch die Maschine ersetzen wird. Nie sah die Menschheit das gelobte Land des Endes ökonomischer Not näher vor sich

liegen als heute. Sie sollte nicht verzweifeln, wenn der Weg auch einmal durch die Wüste einer schweren Krise führt. Sie sollte sich klar sein, daß in unserer überbevölkerten Welt jede Flucht nach rückwärts den Untergang von Millionen von Menschen bedeutet. Der Menschheit bleibt nichts übrig, als im Vertrauen auf ihre moralischen Kräfte, auf ihr Arbeitskönnen und auf die schöpferische Kraft ihrer großen Männer aus den Nöten dieser Zeit die Flucht nach vorwärts zu ergreifen. Der seelischen Kämpfe, die die Welt durchwühlen, wird sie Herr werden, wenn es ihr gelingt, den Mechanismus der Arbeit mit dem Geiste der Brüderlichkeit zu erfüllen.“

Es fällt schwer, den hier geäußerten Gedankengängen des liberalen Wirtschaftstheoretikers ohne weiteres gerecht zu werden. Zweifellos sind manche der hier wiedergegebenen Stellen durchaus vom liberal-kapitalistischen Standpunkte diktiert und nicht absolut allgemeingültig. Sicher hat der Kapitalismus entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung in der Vergangenheit beigetragen. Ebenso sicher trifft auch der Vorwurf zu, daß eben derselbe Kapitalismus absolut nicht wählerisch in seinen Mitteln und nicht in der Lage gewesen ist, Katastrophen — Krisen —, die immer Elend und Not im Gefolge hatten, zu vermeiden oder zu verhindern. Im Hinblick auf die täglich wachsende Not ist darum der Versuch, das jetzt herrschende System zu reformieren, durchaus verständlich. Es geht vor allem darum, eine bessere Wirtschaftsordnung zu schaffen, eine gerechtere Verteilung der Güter dieser Erde, des Ertrages aus Arbeit, zu bewerkstelligen und den Verlauf der Wirtschaftskurven weniger bizarr, dafür aber ruhiger und gleichmäßiger zu gestalten. Will man das kapitalistische Wirtschaftssystem für die Zukunft retten, werden auch überzeugte Anhänger desselben nicht daran vorbeikommen, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die vorhin angedeuteten Fragen einer Lösung entgegengeführt werden können. Die Lösung dieser Fragen ist das Gebot der Stunde.

## Die geschichtliche Entwicklung der Koalitionsfreiheit.

Koalition ist Zusammenschluß. Wir haben uns längst daran gewöhnt, daß die Freiheit zur Koalition durch die Reichsverfassung verbrieft und besiegelt ist, und wir würden es als unerhörten Eingriff in unsere persönliche Freiheit betrachten, wenn heute der Staat versuchen wollte, diese Freiheit zu beschränken oder gar aufzuheben. Doch war es nicht immer so wie heute.

In der geschichtlichen Entwicklung der Koalitionsfreiheit sind drei Perioden zu unterscheiden.

Die erste Periode kennzeichnet sich durch absolute Verbote und Strafen gegen die Koalitionen. Wenn auch die heutigen Koalitionen nicht viel älter sind als etwa 60—80 Jahre, so hat doch schon das frühe Mittelalter eine Verbandsbildung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in den Gesellenverbänden und Meisterverbänden gekannt. So waren es vor allen Dingen die Zünfte, die auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, namentlich auf die Arbeitsverhältnisse, starken Einfluß und bis um 1500 herum eine große Macht hatten. Sie waren noch keine Koalitionen im heutigen Sinne; es fehlte ihnen vor allem der Kampfgedanke, der in der späteren Zeit den meisten wirtschaftlichen Verbänden ein besonderes Gepräge gab und auch heute noch gibt. Die mittelalterlichen Zünfte umfaßten Meister und Gesellen, was heute für die moderne Koalition undenkbar ist. Aber allmählich, bedingt durch die mit dem Verfall der Zunftverfassung zunehmende Verschlechterung der Verhältnisse zwischen Meister und Gesellen, begannen diese sich als zwei verschiedene soziale Schichten gegenüberzutreten. Die Zünfte suchten unter Mißbrauch ihrer stark gestiegenen Macht den allgemeinen Arbeitsmangel zu bekämpfen; sie unterdrückten die Konkurrenz des Nachwuchses, sie erschwerten die Möglichkeit zur Erlangung eines selbständigen Gewerbes und deshalb die Zulassung zur Zunft, kurz gesagt, sie verschlechterten die Lebensbedingungen der Gesellen.

Es erstarkten die Gesellenverbände, „Gesellenladen“ oder auch „Bruderschaften“ genannt, die sich ursprünglich zu repräsentativen und geselligen Zwecken und zu gemeinsamer Religionsübung und Krankenfürsorge gebildet hatten, immer mehr — teils unter einem

äußerst scharfen Organisationszwang — zu organisierten wirtschaftlichen Kampferbänden gegen die Zünfte der Meister. Sie beanspruchten eine beschränkte Gerichtsbarkeit und Strafgewalt über ihre Mitglieder, übten durch Ächtung von Außenstehern einen Beitrittszwang aus und suchten Einfluß auf die Arbeitsbedingungen, vor allem auf die Höhe des Lohnes, auf die Dauer der Arbeitszeit, auf das Ausmaß der Freiheit usw. zu gewinnen. In heftigen Kämpfen mit den Meistern und den mit den Zünften eng verbundenen städtischen Ratsverwaltungen gelang es den Gesellenverbänden bis zum Ende des 15. Jahrhunderts fast allgemein ihre Anerkennung („Artikel“) anerkannt. So wuchsen die Gesellenverbände bald zu machtvollen Organisationen, die die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder mit großem Erfolg vertraten, heran.

Gegenüber dieser Verbandsbildung setzte indessen mit dem Ausgang des Mittelalters eine koalitionsfeindliche Gesetzgebung ein. Die Staatsgewalt erblickte in den Gesellenverbänden einen mächtigen Gegner. Die Reichsstände klagten über die „Mißbräuche“ der Gesellen — als solche bezeichnete man vor allen Dingen das „Schelten“, d. h. den Boykott gegen die Meister, und das „Auftreiben“ der Gesellen, d. h. den von ihnen geübten Koalitionszwang. Das Vorgehen der Reichsstände war aber erfolglos, und daher setzte die Gesetzgebung ein. Zuerst geschah dies durch die Reichspolizeiordnung von 1530; sie suchte den Gesellen jeden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu nehmen, jedoch ohne praktischen Erfolg, da es an einer Vollstreckungsgewalt des Reiches zu ihrer Durchführung fehlte und die einzelnen Reichsstände gegenüber der organisierten Gesellenschaft ohnmächtig waren. Erst die Reichszunftordnung von 1731 griff zu entscheidenden reichsgesetzlichen Maßnahmen. Der Absolutismus mit seinem Streben, die Untertanen allein der Staatsgewalt unterzuordnen und jede bürgerliche Freiheit nach Möglichkeit einzuschränken, lehnte das Organisationsrecht ab. So wurden durch die Reichszunftordnung von 1731 die bisherigen Gesellenverbände aufgehoben, ihre „Artikel“ für ungültig erklärt, und es wurde auch für die Zukunft der Obrigkeit verboten, Ver-

sammlungen oder Vereinigungen der Gesellen untereinander zu gestatten. Arbeitskämpfe und Streiks wurden mit schwerer Strafe bedroht. Zwar wurde auch dieses Gesetz zunächst vielfach nur zaghaft durchgeführt, so daß es 1771 von neuem eingeschränkt und durch ein neues Gesetz gegen den „blauen Montag“ ergänzt wurde.

Diese koalitionsfeindliche Einstellung des Absolutismus wurde auch durch die Theorien des Liberalismus nicht geändert. Selbst die französische Revolutionsgesetzgebung, die den Franzosen politische Vereins- und Versammlungsfreiheit brachte, untersagte jeden wirtschaftlichen Zusammenschluß zur Erzwingung günstiger Arbeitsbedingungen, da sie darin einen Verstoß gegen die Freiheit der Arbeit und der freien Menschenrechte sah. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden in Frankreich und England die Gesetze gegen die Arbeiterkoalitionen noch weiter verschärft. Auch in Deutschland blieb, obwohl das allgemeine Landrecht von 1794 die allgemeine Vereinsfreiheit erweiterte, den Arbeitnehmern die Vereinigungsfreiheit untersagt.

Diese Verbote blieben auch nach Einführung der Gewerbefreiheit bestehen. Die preussische Gewerbeordnung von 1845 stellte Verabredungen zu Arbeitseinstellungen unter strenge Strafe und verbot Verbindungen von Arbeitnehmern ohne polizeiliche Erlaubnis. Ähnlich wie Preußen verhielten sich bis 1848 und teilweise darüber hinaus die übrigen deutschen Staaten. Die erste Entwicklungsperiode des Koalitionsrechtes in Deutschland endete also mit einer koalitionsfeindlichen Stellungnahme der Gesetzgebung.

Erst im Zusammenhang mit der Revolution von 1848 erfolgte ein Umschwung der Anschauungen zugunsten der Koalitionsfreiheit. Es setzte eine neue Entwicklungsperiode ein. Mit dem Fortschreiten der Technik, der Entstehung fabrikmäßiger Betriebe und der Entwicklung der Großbetriebe, hatte sich der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter immer mehr verschärft. Unter den Arbeitnehmern regte sich immer stärker das Zusammengehörigkeitsgefühl. Man erkannte, daß der einzelne Arbeitnehmer in der modernen Wirtschaftsverfassung seine Interessen nicht durchsetzen kann, daß man sich zusammenschließen mußte, wenn man bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse mitwirken wollte. Diese Tatsache konnte von dem Gesetzgeber nicht unbeachtet bleiben.

In dieser Erkenntnis führte das industriell am weitesten fortgeschrittene England zuerst die Aufhebung der Koalitionsverbote durch. In Deutschland brachte erst die Gewerbeordnung von 1869 die Aufhebung der Koalitionsverbote, allerdings mit erheblichen Einschränkungen. So wurde z. B. in § 152 Abs. 2 der Koalition jeder Rechtsschutz versagt. Neben den allgemeinen Beschränkungen trat noch die weitere erhebliche Einschränkung, daß die Freiheit nur ganz bestimmten Personen, nämlich nur den Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen oder Fabrikarbeitern und den Bergarbeitern, und nur zu gewerblich-sozialen Zwecken gewährt wurde. Für alle anderen Berufe, die nicht unter die Gewerbeordnung fielen, bestanden die alten Beschränkungen weiter.

Erst das nun folgende dritte Stadium der geschichtlichen Entwicklung führt zur unbefristeten Anerkennung der Koalitionen und zu ihrem besonderen verfassungsrechtlichen Schutz. Vor allem war es die Kriegs- und Nachkriegszeit, die auf die Umgestaltung der Verhältnisse von wesentlicher Bedeutung war. Eine gesetzliche Neuregelung ergab sich schon allein aus der Notwendigkeit, die bisher bekämpften Berufsvereine zur Mitwirkung an den Aufgaben der Kriegswirtschaft heranzuziehen. Von großer Bedeutung war der Erlaß des Hilfsdienstgesetzes von 1916, in dem zum ersten Male die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine ausgesprochen wurde, indem ihnen das Vorschlagsrecht für die Beisitzer der verschiedenen dort vorgesehenen Schlichtungsausschüsse übertragen wurde. Wesentlich für die Weiterentwicklung war dann noch das Gesetz vom 22. Mai 1918, durch das der von der Arbeitnehmerseite mit Recht bekämpfte § 153 der Gewerbeordnung aufgehoben wurde. (§ 153 lautete: Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.) Die letzten Schranken der Koalitionsfreiheit fielen jedoch erst mit der Revolution, als der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten am 12. November 1918 mit Gesetzeskraft verkündete: „Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung.“ Damit war im Gegensatz

zum bisherigen Recht jedem die Koalitionsfreiheit reichsrechtlich gesichert. Außer dieser gesetzlichen Sicherung wurde der Koalitionsfreiheit noch ein besonderer verfassungsmäßiger Schutz durch den Artikel 159 der Reichsverfassung gewährt, in dem es heißt: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“

Die geschichtliche Entwicklung der Koalitionsfreiheit zeigt also, daß der Kampf um dieses wertvolle Gut ein ebenso hartnäckiger wie auch langwieriger gewesen ist. Daß diesem Kampf der Erfolg beschieden war, ist nicht zuletzt dem Zusammengehörigkeitsgefühl und der Organisation der Arbeiterschaft zu verdanken. H. P.

## Die Internationale Arbeitsorganisation im Jahre 1930.

IAB. Die internationale Sozialpolitik des Jahres 1930 muß im Lichte der Weltwirtschaftskrise betrachtet werden. Hier darf zunächst festgestellt werden, daß im großen und ganzen die Arbeitsbedingungen im Jahre 1930 keine wesentliche Verschlechterung erfahren haben. Zwar zeigt sich in mehr als einem Lande das Bestreben, durch einen Lohn- und Preisabbau die Krise zu bekämpfen, aber die meisten Arbeitgeber haben zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft vermeiden möchten. Wenn es gelungen ist, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im allgemeinen zu vermeiden, darf dies zweifellos zum Teil auch auf die Internationale Arbeitsorganisation zurückgeführt werden, durch deren Tätigkeit heute schon ein Netz einheitlicher und gegenseitiger Verpflichtungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes die Welt umspannt. Diese bindenden und auf längere Dauer berechneten internationalen Verpflichtungen haben in hohem Maße zur internationalen Stabilisierung der Arbeitsbedingungen beigetragen und ihre Widerstandsfähigkeit in der Weltwirtschaftskrise erwiesen. Dazu kommt der moralische Einfluß der Internationalen Arbeitsorganisation, der heute schon geeignet ist, rückwärtliche Maßnahmen zu erschweren. Es darf auch als ein höchst erfreuliches Zeichen gewertet werden, daß es selbst in diesem Jahr des wirtschaftlichen Rückgangs gelungen ist, auf dem Gebiete der internationalen Arbeitsgesetzgebung weitere Fortschritte zu erzielen. Gerade im Jahre 1930 hat die Internationale Arbeitsorganisation ihren Schutz auf Millionen neuer Arbeitnehmer ausgedehnt: die Arbeitnehmer in den Büros und in den Handelsbetrieben und die Arbeitnehmer in den Kolonien. Zum erstenmal hat die Konferenz für jede dieser Arbeitnehmergruppen einen Übereinkommensentwurf angenommen. Auch auf dem Gebiete der Durchführung der Übereinkommen sind ebenfalls weitere Erfolge erzielt worden. Die Zahl der ratifizierten Übereinkommen hat sich im Laufe des Berichtsjahres von 383 auf 415 erhöht.

Die Bestrebungen zur allgemeinen Durchführung des Achtstundentages haben eine neue Förderung erfahren, um so mehr, als das bereits erwähnte Übereinkommen für die Angestellten in den Büros und Handelsbetrieben den Achtstundentag für diese Arbeitnehmergruppe als internationale Norm festlegt. Die Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens über den Achtstundentag durch die wichtigsten Industrieländer war einen Augenblick lang gefährdet durch Bestrebungen, die eine Revision dieses Übereinkommens bezweckten. Durch den Beschluß des Verwaltungsrats, das Übereinkommen nicht zu revidieren, ist diese Gefahr beseitigt. Sobald die den Parlamenten bereits vorliegenden Gesetzentwürfe über die Ratifikation dieses Übereinkommens in Deutschland und Großbritannien angenommen sein werden, dürften auch auf diesem Gebiet die größten Schwierigkeiten überwunden sein.

Die internationale Bedeutung der Arbeitszeitfrage geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Völkerbundversammlung das Internationale Arbeitsamt erucht hat, auf dem Gebiete der Arbeitszeitregelung im Bergbau eine Verständigung zwischen den beteiligten Ländern herbeizuführen. Im Jahre 1930 hat eine Vorbereitende technische Konferenz stattgefunden. Ferner hat sich die Internationale Arbeitskonferenz im Jahre 1930 mit der Frage der Arbeitszeit im Kohlenbergbau befaßt und einen Übereinkommensentwurf, der eine 7¼tündige Arbeitszeit vorsah, aufgestellt. Leider hat dieser Entwurf bei der Endabstimmung die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Die Konferenz hat jedoch beschlossen, die Frage erneut auf die Tagesordnung von 1931 zu setzen.

Neben der gesetzgeberischen Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation hat das Internationale Arbeitsamt auch im Jahre 1930 wieder eine umfangreiche Tätigkeit zur wissenschaftlichen Durchleuchtung aller sozialen Probleme entwickelt. Im Laufe des Jahres ist insbesondere das umfangreiche Werk „Enzyklopädie des gewerblichen Gesundheitsschutzes“ erschienen. Die Ergebnisse der vom IAA einberufenen Silicofekonzferenz in Johannesburg (Südafrika) bedeuten ebenfalls eine beträchtliche Förderung des gewerblichen Gesundheitsschutzes. Ferner hat das Amt nunmehr den fünften und abschließenden Band des Werkes „Das Recht der beruflichen Vereinigung“ herausgebracht. Weitere im Laufe des Jahres veröffentlichte Studien betreffen die Methoden der Statistik bei Eisenbahnunfällen, die Berufsausbildung in der Landwirtschaft, das Arbeitsvertragsrecht der Landarbeiter in Deutschland, Österreich und Ungarn. Eine umfangreiche Studie über die Wohnungsprobleme in Europa befindet sich augenblicklich im Druck. Ferner sind binnen kurzem die Ergebnisse der Ford-Erhebung über Löhne und Lebenskosten in einer Reihe europäischer Städte im Vergleich zu denen der Stadt Detroit zu erwarten. In diesem Zusammenhang darf auch auf die demnächst erscheinende Untersuchung des Internationalen Arbeitsamts über die hohen Löhne hingewiesen werden. Eine weitere Arbeit, die sich mit den engen Beziehungen zu den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik befaßt, behandelt die Rationalisierung in ihrem Verhältnis zu den Arbeitsbedingungen. Auch diese Studie ist nahezu beendet. Ferner ist eine Veröffentlichung über die Arbeitsbedingungen in Sowjetrußland demnächst zu erwarten.

Dazu kommen die zahlreichen, im Jahre 1930 begonnenen wissenschaftlichen Arbeiten über Schieds- und Schlichtungsverfahren, Alters- und Invalidenversicherung, Landflucht, Arbeitsbedingungen in den asiatischen Ländern, die Vorbereitung der Schifffahrts-Konferenz, die im Oktober 1931 stattfindet und sich vorwiegend mit der Arbeitszeitfrage in der Schifffahrt beschäftigen wird. Auch der Verwaltungsrat hat auf seiner Tagung eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefaßt, die eine ununterbrochene Fortführung des begonnenen Werkes gewährleisten. Er hat seine Aufmerksamkeit dabei besonders dem Problem der Arbeitslosigkeit zugewandt. Diese Frage hat auch das Internationale Arbeitsamt veranlaßt, seine Anstrengungen zu verdoppeln, um seinerseits dazu beizutragen, das Los der mehr als 15 Millionen Arbeitslosen in den Industrieländern zu erleichtern.

Zweifellos ist die Sozialpolitik in hohem Maße von den wirtschaftlichen Voraussetzungen abhängig. Aber das nunmehr zehnjährige Werk der Internationalen Arbeitsorganisation läßt schon jetzt erkennen, daß internationale sozialpolitische Maßnahmen geeignet sind, die Sozialpolitik der einzelnen Länder auch in Krisenzeiten widerstandsfähiger zu machen und damit weitere Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art zu vermeiden.

## Rundschau.

**Auf die Schanzen!** Im freigewerkschaftlichen Lager tobt der „Meinungstreit“. Die Gewerkschaftsopposition der Kommunisten nagt an den Fundamenten der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung. Die kommunistische Opposition im Reich, vor allem in Berlin und Nordwest, der Versuch, durch eigene Gewerkschaften den sozialdemokratischen Gewerkschaften Abbruch zu tun, zeigt den Ernst der Lage. Wir sind nicht töricht genug, um uns über derartige Schwierigkeiten einer Organisation zu freuen, mit der wir schon mehr als eine hitzige Auseinandersetzung gehabt haben und von der uns auch heute noch mehr als eine Meinungsverschiedenheit trennt. Trotz allem was uns trennt, ist der innere Niedergang der sozialdemokratischen Gewerkschaften zugunsten der Kommunisten auch von unserem Standpunkt aus zu bedauern. Er bedeutet zweifellos eine Schwächung der Arbeiterfront in der deutschen Wirtschaft, die sich bereits für die Arbeiterschaft auf sozialpolitischen Gebieten stark auswirkte.

Darum müssen um so entschlossener und energischer die christlichen Gewerkschaften die Führung in die Hand nehmen. Die christlichen Gewerkschaften repräsentieren auch bei kleinerer Mitgliederzahl eine einheitlichere Macht als die sozialistischen Gewerkschaften. Das Band, das sie umschließt, wird nicht so leicht von aufrührerischen Elementen zerrissen werden.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ist geschwächt seit jenem Augenblicke, da sie ihre Wendung zum demokratischen Staat nicht mit einer vollständigen Absage an ihre frühere Ideologie vollzog. Äußerlich bekennt sie sich zur demokratischen Republik; ins-

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 1. bis zum 7. Februar ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1930 sowie Restzahlungen bitten wir umgehend zu erledigen.

Teilzahlungen auf das neue Quartal müssen nach den Bestimmungen der Satzung und Geschäftsanweisungen eingesandt werden.

**Essen — „Adressenänderung“.** Die Geschäftsstelle der Verwaltungsstelle Essen ist ab 2. Februar vom Limbekerplatz in unser neues Gewerkschaftshaus, verbunden mit einem Jugendheim, Jägerstraße 3 verlegt worden. **Telefon: Amt Essen 24 016** bleibt wie bisher. Die Jägerstr. liegt in unmittelbarer Nähe des Limbekerplatzes, und ist höchstens 3—4 Minuten von unserm bisherigen Büro entfernt.

geheim aber liebäugelt sie weiter mit dem Gedanken, diesen Staat ihren Klasseninteressen dienstbar zu machen. Ihre Entwicklung ist nicht gradlinig; sie bewegt sich vielmehr in einem verhängnisvollen Zickzack. Nicht mit Unrecht weisen hier die Kommunisten auf die Zweideutigkeit und Regellosigkeit dieser Rolle hin.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat mit ihrem Wirken die Stellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften stark geschwächt. Kein Ablehnungsversuch ihrer Presse kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das radikale Element im Wachsen begriffen ist. Das Riesenheer der Arbeitslosen ruft nach einer radikaleren Tonart, vor allem die, die die Lehren des Marxismus mit der Muttermilch zu trinken bekamen. So vollzieht sich der Abfall alter Anhänger der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung.

Es bleibt abzuwarten, ob die sozialdemokratischen Gewerkschaften schließlich nicht doch dem Ansturm der radikalen Elemente nachgeben und in eine radikalere Tonart verfallen. Ausgeschlossen ist es nicht. In dem Kampf gegen diese Gefahren, die der Arbeiterschaft in ihrem Aufstiegswillen aus einem solchen Kurs drohen, ist die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften groß. Drum die eindringliche Mahnung an alle christlich-nationalen Arbeitnehmer: Stärkt die Front.

**Die fünftägige Arbeitswoche als Notstandshilfe gegen Arbeitslosigkeit.** — Präsident Hoover hat gegen die Arbeitslosigkeit in Amerika — mangels amtlicher Nachweise ist man auf Schätzungen angewiesen; die Zahl der Arbeitslosen in U. S. A. wird auf vier bis sechs Millionen geschätzt — ein Hilfsprogramm entworfen, in dem auch die vom Führer des nationalen Komitees der Demokraten, Raskop, angeregte Einführung einer fünftägigen Arbeitswoche zur Diskussion gestellt wurde. Nach der „N.F.P.“ erklärt Raskop, ein besonderer Freund Hoovers, hierzu: „Wir sollten die allgemeine fünftägige Arbeitswoche haben. Wenn unser Land vor zwanzig Jahren reich genug war, aus dem Samstag einen Halbfeiertag zu machen, so ist es heute noch viel mehr in der Lage, aus dem Samstag einen vollen Tag der Arbeitsruhe zu machen. Lasset uns einmal die Ökonomie einer fünftägigen Arbeitswoche betrachten. Das einzige Hilfsmittel, die Produktion zu vermehren, ist: den Verbrauch zu steigern. Als während des Weltkrieges Präsident Hoover einen hohen Arbeitslohn für Arbeiter festlegte, dachten viele Unternehmer, daß dies ihren Ruin bedeute und daß der daraus erwachsende Schaden nicht innerhalb eines Jahrzehnts hereingebracht werden könne. Tatsächlich traf das Entgegengesetzte ein. Die Arbeitslust wurde beflügelt und die Arbeitsgelegenheit vergrößerte sich nach Maßgabe der durch den hohen Arbeitslohn ermöglichten größeren Konsumfähigkeit. Die Einführung einer fünftägigen Arbeitswoche würden den Warenverbrauch in hohem Maße steigern. Wirtschaftlich würde der allgemeine Mehrverbrauch auf Basis der Fünftagewoche und die daraus für die Industrien erwachsenden Chancen der besseren Arbeits- und Materialausnützung es den Unternehmern ermöglichen, für die fünftägige Arbeitsleistung dieselben Löhne zu bezahlen, wie jetzt für die fünfzehntägige Arbeitswoche.“

**Staat, greife ein.** In einem Kommentar der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (Nr. 6) zu einem Artikel von Dietrich war u. a. zu

# Berufsecke für Arbeiter in Säge-, Hobel- und Furnierwerken.

## Wirtschaftliche Gestaltung der Sägezähne.

Die Form der Sägezähne ist bei den verschiedenen Ausführungen des Sägeblattes wenig voneinander verschieden. Die Zähne werden zur Ermöglichung einer guten Leistung mit Schräg- oder Gradschliff versehen und außerdem noch geschränkt oder gestaut. Die Zahnfläche hat meist bei allen Sägen eine gut abgerundete Form, die ein Festsetzen der Späne vermeidet und ihr leichtes Herausfallen begünstigt. Es ist für jeden Betrieb, der Sägen verwendet, sehr wichtig zu wissen, wie der Sägezahn gestaltet werden muß, um eine möglichst große Sägeleistung zu erreichen.

Geradschliff ist wesentlich vorteilhafter als Schrägschliff. Bei Schrägschliff hat der Zahn die Form eines Keiles und wirkt dementsprechend auch wie ein solcher. Infolge des Druckes, mit dem das Holz an das Sägeblatt gedrückt wird, weichen die Zahnspitzen nach den Schnittflächen hin aus und nehmen mehr Holz weg. Nach den Versuchen von Spag ist die seitliche Abweichung um so größer, je schräger der Zahn geschliffen, je dünner und länger und damit je weniger widerstandsfähig er ist, und schließlich je härter das Holz ist. Spitzgeschliffene, seitlich ausgebogene Zähne neigen stark zum Verlaufen und dies um so mehr, da die Spitzen meist nicht egal schräg geschliffen sind, demnach verschiedene Neigung haben. Der Schrägschliff erfordert große Übung, und selbst ein geschickter Arbeiter kann erst nach jahrelanger Übung einen einwandfreien Schliff, gleiche Schleifwinkel, gleiche Zahnlänge usw., erreichen.

Bei den Zähnen mit Geradschliff, deren Bruch also rechtwinklig zum Sägeblatt steht, fällt der seitliche Druck fast fort, und das Sägeblatt verläuft deshalb weniger. Ist jedoch das Sägeblatt sehr dünn und sind die Zähne sehr lang und federnd, dann sind infolge der Schränkung seitliche Ausweichungen beim Treffen auf harte Jahresringe oder Äste wohl möglich, besonders aber dann, wenn infolge der Schränkung der Zahn mit der schrägen Seitenfläche auf dem harten Ring oder Ast oder sonst einer harten Stelle auftrifft. Diese Federung der Zähne nach beiden Seiten bewirkt einen zitternden Lauf der Säge und Abweichungen vom geraden Schnitt. Geradschliffene Zähne sind von Hand und auch maschinell wesentlich leichter genau herstellbar. Selbsttätige Schleifmaschinen ergeben absolut genauen geraden Schliff, denn Winkelbewegungen der Schleifscheibe sind nicht erforderlich, auch kann Schleifstaub das Schleifergebnis nicht beeinträchtigen. Mit Rücksicht auf die maschinelle Schleifung sollte schon, auch für das Schneiden weicher Hölzer, nur Geradschliff gewählt und auf eine vielleicht bessere Schnittfläche verzichtet werden. Bei weichem Holz ist dem Zahn auch eine größere Schränkung zu geben als bei hartem Holze.

Über das Schränken der Sägezähne, d. h. abweichendes Herausbiegen der Zahnspitzen nach links und rechts aus der Ebene des Sägeblattes, damit das Sägeblatt in dem bereits hergestellten Einschnitt sich nicht klemmt oder infolge Reibung stark erhitzt, wäre folgendes zu sagen: Die Schränkzange, welche die Zähne auf ein eingestelltes Maß abbiegt, ist für genaue Arbeit nicht brauchbar, weil infolge der verschiedenen Härten der Sägeblätter die Zähne verschieden stark zurückfedern. Unterschiede von nur einem Zehntel Millimeter in den geschränkten Zähnen bewirken bereits ein Verlaufen und rauhe Schnittflächen. Die selbsthergestellten Schränklehren haben den Nachteil, daß sie beim Ablehnen der Schneidkanten nicht winkelrecht stehen, daß sich das Stahlblech infolge der Berührung mit diesen Kanten abnutzt, somit die Lehre ungenau wird, und daß schließlich in dunklen Räumen oder bei schlechtem Wetter nicht gut feststellbar ist, ob die Zahnkante die Lehre wirklich berührt. Praktisch gut brauchbar sind federnde Schränklehren, die nur auf Gefühl und Gehör beruhen.

Die Schränkung darf nicht zu stark sein, damit die inneren Schneidkanten sich stets überdecken und das Holz nicht während des Schneidens keilförmig zwischen die geschränkten Zähne gedrückt wird, wodurch ein unwirtschaftliches Schneiden entsteht. Dieser Fall kann auch bei starker seitlicher Abnutzung der Schneidkanten eintreten. Diese verlieren beim Arbeiten an Breite und können damit ebenfalls obigen toten keilförmigen Winkel bilden. Die Sägen haben dann eine geringe Schneidleistung und werden rasch stumpf.

Die Frage, ob man zuerst schärfen und schränken soll, wird ver-

schieden beantwortet. Nach Versuchen ist der Gang der Arbeit völlig gleichgültig, nur neue Sägeblätter soll man zuerst schränken und dann schärfen, und zwar deshalb, weil die gebogenen Zahnspitzen beim ersten Schränken eines Blattes schwierig winkelrecht zur Schnittfläche zu bringen sind. Da aber beim Schleifen die Spitzen oft kürzer werden, ist es zweckmäßig, nochmals zu schränken, dann schleifen, und hierauf noch ein zweites Mal schränken. Dieser Arbeitsgang ist auch ungeübten Arbeitern für alte Blätter zu empfehlen.

Damit der Sägeeinschnitt etwas breiter wird als die Sägeblattstärke, kann statt des Schränkens auch ein Stauchen der Zahnspitzen, also ein Drücken auf eine Schnittbreite, gleich der von geschränkten Zähnen, erfolgen, so daß jeder Zahn die volle Schnittbreite erzeugt. Blätter mit gestauchten Zähnen sind wegen der geringen seitlichen Abnutzung und der breiten Schnittkante wesentlich widerstandsfähiger und damit leistungsfähiger. Die seitlichen und nicht federnden und keine Schrägfläche tragenden Kanten schneiden harte Stellen des Holzes, wie harte Jahresringe, Äste, Knoten, ohne Ausweichen durch, ein Zittern der Schmirgelscheibe und die hierauf folgenden, bereits angeführten Nachteile werden vermieden. Gestauchte Zähne bleiben länger scharf und müssen weniger oft geschärft werden.

Die Arbeit des Stauchens von Hand mit dem Hammer erfordert tüchtige Arbeiter. Auch der Baustoff, aus dem die Sägeblätter bestehen, muß vorzüglich sein, damit er das Stauchen aushält und die seitlichen Spitzen nicht abbröckeln. Beim Schleifen der Stauchspitzen ist darauf zu achten, daß die Schleifscheiben richtig gewählt sind, damit die Zahnspitzen nicht so stark erhitzt werden, da sie sonst beim Stauchen abbröckeln. In Amerika werden die gestauchten Sägen seit geraumer Zeit verwendet, und es sind auch in Deutschland lebhafte Bestrebungen im Gange, den Sägeblättern mit gestauchten Zähnen eine größere und möglichst allgemeine Verbreitung zu gewinnen, und zwar zur Lieferung bester Sägeblätter und geeigneter Einrichtungen zum Schärfen und Stauchen.

Zum Schluß möge noch hervorgehoben werden, daß auch Sägen mit zum Teil geschränkten und zum Teil gestauchten Zähnen in Verwendung sind. Diese Blätter, die einfach herzustellen sind, haben eine größere Leistungsfähigkeit als die gewöhnlichen Blätter, auch bleiben sie länger scharf und verlaufen nicht so leicht. Die wirtschaftlichen und leistungsfähigen Blätter sind aber die mit gestauchten Zähnen, so daß ihre ausgedehnte Einführung wegen der rationellen Arbeitsweise und der damit verbundenen Verbilligung der Erzeugnisse anzustreben ist.

J. J.

**Gütemarken für Holz in Amerika.** Von der amerikanischen Vereinigung der Sägewerke wurde ein Buch herausgegeben mit dem Titel: „Know the Lumber You Use“ — Lerne das Holz kennen, das Du gebrauchen willst! In diesem Buch wird die Güteklassenunterteilung den amerikanischen Standards entsprechend beschrieben und das Charakteristische jeder Güteklasse erklärt. Es wird auseinandergesetzt, wie die Handels-Gütemarke von führenden Werken genau nach Vorchrift und mit ausdrücklicher Genehmigung der National Lumber Manufacturers Association benutzt wird, den Handel auf eine sichere Basis stellt und dem Käufer die Garantie gibt, daß das Holz auch den gewünschten Zwecken entspricht. Schließlich wird in dem Buch eine neue Einrichtung erwähnt, nämlich die Einführung von „Wagen-Karten“ für Waggon-Ladungen. Auf diesen Karten werden automatisch die genauen Angaben über die Güteklasse von Seiten der Lieferfirma bescheinigt.

**Zurückhaltung beim Rundholz-Einkauf.** Die Verkaufstermine der Staatsforsten verlaufen für die Staatsforstverwaltung nach Presse-meldungen unbefriedigend. Für Bauholz liegen die Angebote teilweise hart unter den Friedenspreisen, so daß Zuschläge nicht erteilt werden können. Das Holz wird, soweit es schon gefällt ist, zum zweiten Male ausbezogen werden. Ob das mit besserem Erfolg geschehen wird, bleibt abzuwarten. Auch die Preise für gutes ostpreußisches starkes Schneidholz liegen zwischen 25 und 27 RM, so viel wurde in der Vorkriegszeit auch für wertvollen masurischen Rohstoff bezahlt. Während 1930 die ostdeutsche Russengruppe mit

weit mehr Anfragen nach Lieferungen von Stammblöcken rechnen konnte, als sie abzugeben vermochte, ist die Beurteilung des Ankaufes in diesem Jahr auffallend ruhig. Es sind drei oder vier Abschlässe erfolgt, alles aber bei verringerten Mengen und um durchschnittlich 9 RM billiger als 1930. Vor allem fehlt jetzt die Kauflust des Plaghholzhandels, der sonst schon im Januar geneigt war, auf den Sägewerken die Probeeinschnitte zu besichtigen und Abschlässe von 500 bis 1000 Kubikmeter zu tätigen. Jetzt wartet man ab. Man

pocht in Verbraucherkreisen auf die Versprechungen der Regierung wegen eines Preisabbaues, vergißt aber dabei ganz, daß die Holzindustrie die Verkaufspreise für Schnittholz schon viele Monate vorher wegen der Absatzstockung zwangsläufig um 15—20% abgebaut hatte. Schalbretter wurden im Großhandel zu 32 bis 33 RM frei Waggon Berlin, Kanthölzer zu 40 RM, besäumte Bohlen zu 52—54 RM angeboten. Mit weiterem Weichen der Preise rechnet man nicht.

(Fortsetzung von Seite 46)

lesen: „Staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben sind immer unorganisch und daher gefährlich. Das, was der Staat leisten kann, ist im allerbesten Falle die Wegräumung von Hindernissen fiskalischer, verkehrs- und handelspolitischer Art, die einer freien Entfaltung der Wirtschaft im Wege stehen. Was darüber hinausgeht, ist vom Übel.“ Wir sind anderer Meinung. Eingriffe des Staates in die Wirtschaft brauchen nicht unorganisch zu sein, sie können sehr wohl sogar das Gegenteil bedeuten. Es ist doch nicht so, daß alles das, was der Privatinitiative des Unternehmers entspricht, organisch ist. Auch, oder gerade er, erlaubt sich Eingriffe in die Wirtschaft, die unorganisch sind. Wir denken z. B. an Preisbindungen, die ein Werk der Unternehmer und im höchsten Grade unorganisch sind. Die Preisbindungen sollen einen Preis garantieren, der auf organischem Wege wahrscheinlich nie zu erreichen ist. Das Volk soll ausgebeutet werden um einen Betrag, der über den natürlichen Preis soweit hinausgeht, als es die Machtverhältnisse der Unternehmer gestatten. Gewaltig sind die Schäden der Preisbindungen. Auf ihr Konto ist ein großer Teil der Absatzkrise zu setzen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Staat einen festen Griff täte nach den unorganischen Preisbindungen und sie unterdrückte. Ein solcher Eingriff des Staates in die Wirtschaft wäre in höchstem Grade organisch. Darum, Staat, greife ein. M. M.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Lennep.** Die hiesigen Kollegen befinden sich auch im Abwehrkampf gegen den Lohnabbau. Es kommt eine Firma in Frage, und zwar die W. D. Schiebefeinertfabrik von Wender & Dürhold in Remscheid-Lennep. Wie wir erfahren, versucht nun die Firma ihre Aufträge in auswärtigen Betrieben anfertigen zu lassen. Wir erjuchen daher die in Frage kommenden Kollegen bei Aufträgen von „W.-D.-Fenstern“ auf deren Herkunft zu achten.

**Mannheim.** Am Samstag, den 17. d. Mts. fand im Verbandslokal die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe mit herzlichen Worten der Begrüßung und erteilte dem Kollegen Wittkamp das Wort zum Geschäftsbericht.

Derselbe gedachte zunächst des verstorbenen Mitgliedes *L i m b e c k*, worauf sich die Anwesenden zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben.

Aus dem nun folgenden Geschäftsbericht ging hervor, daß im allgemeinen die Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle trotz der schwierigen Verhältnisse eine recht lebhaft war. Im besonderen Maße sei in diesem Jahre der *R e c h t s s i c h e r u n g* des Verbandes in Anspruch genommen worden. Insgesamt wurden für die Zahlstelle 33 Termine wahrgenommen, 73 Schriftsätze angefertigt und ein Barerfolg von insgesamt 3534,56 RM erzielt. Drei Kollegen wurden auf Grund einer Klage von dem Arbeitgeber wieder eingestellt.

In der Mitgliederbewegung ist ein erfreulicher Zugang, besonders an Lehrlingen, zu verzeichnen.

An den Geschäftsbericht schloß sich der Kassenbericht des Kollegen Kronenbitter an. Derselbe stand ganz im Zeichen der Arbeitslosigkeit. Von den einzelnen Unterstützungsarten des Verbandes wurde die Arbeitslosenunterstützung am meisten in Anspruch genommen. Beide Berichte wurden zur Diskussion gestellt, an der sich einige Mitglieder beteiligten.

Der Jugendführer Meier gab den Jugendgruppenbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß sich die Jugend am Aufbau der Zahlstelle vorzüglich beteiligt hatte. Verschiedene Versammlungen fanden statt, die durchweg in Anbetracht des jugendlichen Alters unserer Jugendgruppe einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatten. Besonders rege sei die Beteiligung an dem veranstalteten Polierkursus der Zahlstelle gewesen.

Nach längeren Beratungen wurde der alte Vorstand bis auf kleine Änderungen wieder gewählt. An Stelle des bisherigen 2. Vorsitzenden Häusler trat der Kollege Meier und an Stelle des abgereisten Schriftführers Koll. Buhmann der Kollege Berse, als 2. Schriftführer wurde Kollege Holzschuh gewählt.

Kollege Wittkamp gab noch einen Bericht über den derzeitigen Stand der Lohnbewegung. Kurz vor Mitternacht konnte der Vorsitzende mit einem Appell an die Kollegen zur weiteren Mitarbeit, die schon verlaufene Generalversammlung schließen.

Kaver Meier.

**Karlsruhe.** Die Mitglieder der Zahlstelle Karlsruhe hatten sich am 18. Januar mit Angehörigen im neuerstellten Kolpinghaus zur Generalversammlung eingefunden. Die Zahlstelle, die Dank der rührigen Leitung in den letzten 2 Jahren stattlich gewachsen ist, kann mit dem Verlauf und der Wirkung dieser Veranstaltung vollauf zufrieden sein. Aus der Begrüßungsrede des Vorsitzenden klang Befriedigung und Freude, galt es doch auch 2 Kollegen der Zahlstelle Karlsruhe für 25jährige Mitgliedschaft zu ehren.

Die Berichte des Vorsitzenden und Kassierers zeigten den Fortschritt im Geschäftsjahre 1930. In der darauffolgenden Aussprache nahm man anerkennend Stellung zu den Vorträgen.

Mit zu Herzen gehenden Worten leitete Koll. Schwan die Ehrung der Jubilare ein und überreichte den Jubilaren Wilhelm und Fred die silberne Verbandsnadel mit zugehörigem Diplom.

Gauleiter Melzl hielt sodann einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Er schilderte die Hoffnungen, mit denen das verflossene Jahr begonnen wurde und die Enttäuschungen, die es auf allen Gebieten zeitigte. Bemerkenswerte Vorgänge im Wirtschaftsleben erfuhren eine entsprechende Beleuchtung. In besonderer Weise ging er auf die Ereignisse im Verbands ein, erinnerte an die Beschlüsse des Verbandstages und begründete die Notwendigkeit derselben. Er konnte auf die Leistungen des Verbandes in der Vergangenheit verweisen und forderte auf zu unentwegtem Mut und Vertrauen. Was uns das neue Jahr bringen wird, ist ungewiß; stehen wir doch heute vor einer Lohnbewegung, deren Ablauf noch sehr unklar ist. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Parole: Mit neuem Mut ins neue Jahr. Durch Musikvorträge wurde der Nachmittag verschönt.

A. Sch.

**Kempen (Rh.).** Am Sonntag, den 25. Januar hielt die Zahlstelle Kempen (Rhein) ihre diesjährige Jahres-Haupt-Versammlung im katholischen Gesellenhause Kempen ab. Der 1. Vorsitzende, Koll. Jean Hinkens, eröffnete die Versammlung und konnte eine stattliche Anzahl Kollegen begrüßen. Besonders stark war die Jugend vertreten. Ein sicherer Beweis dafür, das auch hier sich die Erkenntnis durchringt, daß nur vom gewerkschaftlichen Zusammenschluß eine wirkliche Hilfe zu erwarten ist.

Wegen Abwesenheit des Gauleiters Koll. Werder, der aus irgendeinem Grunde in letzter Stunde verhindert war, sprang Koll. Kaspers in die Bresche und hielt in gedrängter Kürze einen Vortrag über die augenblickliche Lage. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß gerade keine Ursache zur Klage, aber auch nicht zu allzu großem Optimismus vorhanden sei. Alle Kollegen müßten ihr Bestes daran setzen, um der augenblicklichen Lage Herr zu werden.

Bei der dann darauf stattfindenden Vorstandswahl, wurden zum größten Teil, die alten Kollegen wiedergewählt. Einem allseitigen Wunsche entsprechend wurden bei der Ergänzungswahl die jugendlichen Kollegen berücksichtigt.

Nachdem in der allgemeinen Aussprache das Jahresarbeitsprogramm festgelegt wurde — unter anderm wurde beschlossen, um einen bessern Zusammenschluß herbeizuführen, gemeinsame Besuche der Museen, Ausflüge — schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dringenden Appell an alle Kollegen, die Ideale des Verbandes hochzuhalten.

**Kriegsopfertagung in Berlin.** Aus Anlaß der bevorstehenden Haushaltsberatungen im Reichstage hatte der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin NO 18, seinen Hauptvorstand und Verbandsausschuß zu einer gemeinsamen Tagung ins „Rheingold“ nach Berlin einberufen. Die Tagung nahm in vielstündigen Beratungen Stellung zu den akuten Versorgungsfragen, die ihren Niederschlag in einer EntschlieÙung fanden. In dieser EntschlieÙung wird ausgeführt:

Die vereinzelt gewünschte Umorganisation der Versorgungsverwaltung bedeutet nichts anderes als die Herausnahme der Versorgungsverwaltung aus der Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums und ihre Unterstellung unter das Reichsfinanzministerium. Dadurch würde also das soziale Moment bei der Schaffung von Versorgungs- und Fürsorgevorschriften für die Kriegsopfer und bei ihrer Handhabung verdrängt und durch rein finanzielle Gesichtspunkte ersetzt. Wenn in der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen künftig nur noch der rechnerische Standpunkt richtungweisend sein sollte, so wären die nachteiligen Folgen für die Gesamtheit der Versorgungsberechtigten unabsehbar. In einer solchen Auffassung liege auch eine völlige Verkennung der wirklichen Aufgabe der Versorgungsbehörden. Die Versorgungsbehörden sollen keineswegs nur die Versorgungsansprüche nach der rechnerischen Seite hin prüfen, sondern sie haben die Pflicht, die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen im vollen Sinne des Wortes versorgungsrechtlich zu betreuen. Die Arbeit der Versorgungsbehörden sei daher wechselläufig von der Tätigkeit der Finanzbehörden. Hauptsächlich aus Gründen der in der Versorgung bereits durchgeführten Sparmaßnahmen hätten die Versorgungsbehörden für die Versorgungsberechtigten in Zukunft auch noch eine höhere Bedeutung als bisher. Schließlich ergäbe sich ferner, daß die gewünschte Umorganisation der Versorgungsverwaltung auch auf weitere Sicht keine Sparmaßnahme darstelle, sondern erhebliche neue Mittel erfordere, die, falls sie bei der angespannten Finanzlage des Reiches überhaupt frei gemacht werden könnten, bessere Verwendung für die Befestigung der in der Versorgung zahlreich vorhandenen Härten fänden.

In einer weiteren EntschlieÙung nahm die Tagung eingehend Stellung zu der Frage, ob in der Versorgung selbst weitere Sparmaßnahmen durchführbar seien. Die Tagung stellte fest, daß der neue Versorgungshaushalt gegenüber dem Vorjahre bereits um mehr als 100 Millionen Reichsmark gekürzt worden sei. Infolgedessen seien die einzelnen Positionen dieses Haushaltes schon mit äußerster Schärfe eingeschränkt. Weitere Einsparungen ließen sich daher bei diesem Etat nicht erzielen. Mit aller Entschiedenheit müsse sich der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener gegen unverantwortliche Angriffe auf die Kriegsopferversorgung wenden. Gerade bei der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen seien in den letzten Jahren zahlreiche scharfe Sparmaßnahmen durchgeführt worden, die in vielen Kriegsopferfamilien neuen Kummer hervorgerufen und ihre Lebenshaltung weiter herabgedrückt haben. Mit allem Ernst müÙte der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener vor den moralisch und politisch höchst bedenklichen Folgen weiterer Rechtsverschlechterungen in der Versorgung warnen und mit allem Nachdrucke den sofortigen Schluß des Versorgungsabbaues fordern.

## Literarisches.

**Die neue Wohnung und ihre Möbel.** Von Paul Griesser. In 93 Ansichten und 90 Maßzeichnungen mit 8 Tafeln. (Die Baubücher Bd 9.) Quart. Kartoniert 12,— RM.

Auch in diesem neuen Buche will Paul Griesser weder strenge Forderungen aufstellen, noch ein bestimmtes Programm durchsetzen. Es

propagiert keine Serienerzeugnisse für unbekannte Käufer, die erst gesucht werden müssen, und wählt keine Wohnformen, die man den Benutzer erst lehren muß. In allen Fällen handelt es sich um Einrichtungen, die von Griesser für bestimmte Auftraggeber mit bestimmten Wünschen und Lebensumständen geschaffen wurden. Trotzdem können sie für jedermann von Nutzen sein, weil Paul Griesser sich durch Sonderwünsche nicht zu Absonderlichkeiten verleiten läßt und weil bei ihm die eigene Freude am Spiel mit der Form nicht zur Spielerei ausartet.

Meist muß man sich in Zeitschriften und Büchern über Mobilier und Inneneinrichtung mit dem photographischen Bild begnügen. Wie leicht es irreführt, zeigt das spätere Betreten solcher Räume. Dagegen bedeutet ein Buch, in dem sich Photo und RiÙ ergänzen, ein Klarlegen der Arbeiten bis ins Letzte. In einer Darstellungsweise, die den ersten Band noch übertrifft, sind zu den photographischen Bildern die maßstäblichen Perspektiven, RiÙe und Schnitte gestellt.

Fast schon zum Schlagwort wurde in den letzten Jahren das, was man unter „Aufbau-Möbel“ versteht. Diese gingen aus wirtschaftlichen Erwägungen hervor. Sie wollen den Käufer in die Lage versetzen, sich sein Heim Stück für Stück anzuschaffen und es auch umfänglich seinem jeweiligen Bedarf anzupassen. Die Möglichkeit zu solch freier Zusammenstellung wird heute auch außerhalb von sog. Aufbau-Programmen verwirklicht. Sie gilt in hohem Maße auch von Paul Griessers hier gezeigten Wohnräumen, obwohl sie Raum für Raum im ganzen entworfen und auf einmal verwirklicht wurden. In ihrer Gesamtheit zeigen sie einheitliche Wesenszüge: klare moderne Linien, die jedoch nirgends in gewollter Rechteckigkeit ausarten, einfache kubische Umrisse, Reinheit der Konstruktion und einen Aufbau, der Haltbarkeit und Standfestigkeit verbürgt. Griessers Zimmer sind niemals überladen, aber auch nicht von der erkältenden Leere, die wir in gewissen Wohnräumen aus jüngster Zeit beobachtet können.

Der Künstler anerkennt die verschiedenen Gebrauchszwecke des Mobilars und gibt deshalb besonders dem Sigmöbel die unterschiedlichste Formung. So findet sich in seinem Buche mancher Sessel und manches Sofa, die auch als Einzelstücke eine vorhandene Zimmereinrichtung vervollständigen und behaglich machen können. Neben den Sigmöbeln sei besonders auf die zu den verschiedensten Zwecken mannigfach abgewandelten Formen von Schränken und anderen Kastenmöbeln hingewiesen. Jeder besondere Gebrauchszweck ist hier erfüllt und zugleich auf eine einfache Grundform zurückgeführt.

**Die unteren Volksschichten im Wandel der Zeiten.** Albert Doß vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat in einer kleinen Broschüre den Extrakt von Vorträgen in Kursen und Versammlungen niedergelegt. Über diese Fragen ist nur spärliche Literatur für das Altertum und Mittelalter vorhanden. Darum ist das Büchlein eine dankenswerte Bereicherung unseres geschichtlichen Wissens. Preis 1,— RM, bei Abnahme von 10 Stück nur 80 Rpf je Exemplar. Lieferung durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 25.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.

Der „Solzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Solzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 718 Köln.

## Intarsien jeder Art

Katalog

gegen 0,50 Mark in Briefmarken

**E. Biller, Heidelberg**

Theaterstraße 7II

Vierteljährlich 2.— RM  
kostet die Fachschrift

## Handwerkskunst im Holzgewerbe

Einbanddecken 1.— RM gegen Einsendung des Betrages.

Bestellungen an die Geschäftsstelle: Köln, Venloerwall 9.

Sämtliche Geldsendungen auf Postscheck-Konto 629 01 Köln.

## Hobelbänke

Ia Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz 300 cm Blattlänge mit Stahlspindeln zum Reklamepreis von 85 RM, mit Verpackung frei jeder Station Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Rpf. in Briefmarken erhältlich

**Max Walther**

Dresden-N. 22, Rehefelder-Str. 53